„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Dominionwahlen und wir

Wie im „Courier" bereits mitgeteilt wurde, sollen die allgemeinen canadischen Neuwahlen in Bälde stattfinden. Es gilt ein neues Dominionparlament zu wählen, das über den weiteren Kurs der canadischen Politik zu entscheiden hat.

Ohne einseitig parteipolitisch Stellung zu nehmen, kann man ruhigen Gewissens behaupten, daß Canada unter der liberalen Regierung der letzten vier Jahre sich nicht nur von den tiefgehenden Nachwirkungen des Weltkrieges erholt, sondern auch auf dem Wege des wirtschaftlichen Fortschrittes bedeutende Erfolge zu verzeichnen hat. Daß in dieser günstigen Entwicklung vorübergehend eine Stockung eingetreten ist, beweist gar nichts gegen die Regierung, ist vielmehr eine Teilerscheinung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise und zugleich auch eine Auswirkung der ungenügenden canadischen Ernte des letzten Jahres.

Doch wir wollen uns hier nicht mit den Verdiensten der liberalen Regierung beschäftigen, sondern wollen den Blick auf die Zukunft gerichtet, einige Gesichtspunkte hervorheben, die für uns als Deutschcanadier in der kommenden Wahl von hoher Bedeutung sind.

Rege Anteilnahme am öffentlichen Leben Canadas sollte selbstverständliche Pflicht und Ehrensache eines jeden guten Staatsbürgers sein, folglich auch eines jeden Deutschcanadiers. Wer nur die anderen regieren läßt, sich selbst aber in den Schmoll- und Trutzwinkel stellt oder aus übertriebener Bescheidenheit sich zurückhält, verdient nicht den Ehrentitel eines guten Bürgers. Denn der Begriff „Bürger" erschöpft sich nicht mit Steuerzahlen, mit treuer Beobachtung der Gesetze, mit loyalem Verhalten gegenüber den höchsten Autoritäten. Bürgersein heißt auch, sich vor dem Volksganzen verpflichtet fühlen, am Wohle des Staates praktisch und positiv mitzuwirken. Doch eine solche verständnisvolle Mitarbeit ist nur möglich, wenn man sich mit klarem Menschenverstand über die wahre politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage informiert und sich ein eigenes vernünftiges Urteil bildet. Leider gibt es, namentlich in Wahlzeiten, nur allzu viele, die sich von einigen Schreiern und Hetzern die Sinne benebeln lassen. An solchen Bauernfängern ist gewöhnlich kein Mangel. Ihre Mittel sind Uebertölpelung, Verdrehung der Tatsachen und einige zugkräftige Schlagworte, die auf die urteilslose Masse wie Berauschungs- und Betäubungsmittel wirken. Ist der Katzenjammer einmal ausgeschlafen, reibt sich der biedere Bürger den süßen Schlummer aus den Augen, dann geht ihm auf einmal eine große Bogenlampe auf. Mit Schrecken und Entsetzen muß er erkennen, daß er sich in seinem politischen Rauschzustand dazu hat mißbrauchen lassen, gegen seine eigenen Interessen, ja gegen sein eigenes Fleisch und Blut zu stimmen. Doch dann ist es gewöhnlich zu spät. Der Wahlzettel ist vielleicht für eine Partei abgegeben worden, die sich skrupel- und gewissenlos über unsere heiligsten Interessen hinwegsetzt. Jeder aber, der für diese Partei gestimmt hat, muß sich schuldbewußt an die Brust schlagen und bekennen: Auch ich habe einen Spatenstich zu meinem eigenen Grabe getan.

Besonders wir in Saskatchewan haben in den letzten Monaten üble Erfahrungen gemacht, die hoffentlich eine heilsame Lehre u. eine abschreckende Warnung für alle Deutschcanadier sind. Hier hat man die religiösen Leidenschaften aufgepeitscht, um damit Stimmenfang zu treiben. Doch kaum saßen die neuen Herren fest im Sattel, setzte man schon alle Hebel in Bewegung, um unsere unglücklichen deutschen Brüder lutherischen, mennonitischen und katholischen Glaubens, die in heller Verzweiflung aus Rußland geflohen waren, von den Grenzen von Saskatchewan fernzuhalten. Dann folgte Schlag auf Schlag. Als trauriges Weihnachtsgeschenk wurde uns Deutschcanadiern in Saskatchewan die neue Verordnung beschert, daß der Religionsunterricht nicht mehr in deutscher Sprache erteilt werden dürfe. Das trifft uns alle, ob wir Lutheraner, Katholiken oder Mennoniten sind. Dann kam die Session der Legislatur mit ihren Schulgesetzvorlagen, die auf nichts anderes abzielen, als den letzten kümmerlichen Rest von Recht und Einfluß uns zu entreißen. Das Bestreben geht offensichtlich dahin, die fremdgeborenen Bürger aus den Schulräten zu verdrängen und die Schulen zu Brutstätten der Angtisierung (nicht der Canadisierung) zu machen. Ja, sogar soweit möchte man gehen, den Deutschen zu verbieten, in den Schulversammlungen ihrer deutschen Distrikte die deutsche Sprache zu sprechen.

Sind das nicht für viele deutschcanadische Bürger bittere Enttäuschungen gewesen? Manche meinten vor den letzten Provinzialwahlen von Saskatchewan, es handle sich nur um einen Kampf gegen angebliche Auswüchse, nur um einen Regierungswechsel, nachdem die liberale Verwaltung schon zu lange am Ruder gewesen sei. Manche glaubten den gleißenden Versprechungen, ließen sich von Hetzredners beeinflussen, die sich nur auf Kosten anderer die Taschen füllten, und stimmten dann, wohl in guter Absicht, aber doch in irriger Meinung für Männer, die sich als die Retter der Provinz aufspielten. Als dann die neuen Machthaber sich häuslich eingerichtet hatten, begann ein politischer Kurs, der Saskatchewan zur unduldsamsten Provinz in Canada, ja vielleicht im ganzen britischen Reiche machte.

Die kommenden Dominionwahlen sollten uns nach den traurigen Erfahrungen in Saskatchewan besser gerüstet und gewappnet finden. Wenn wieder die törichtsten Parolen in Umlauf gesetzt werden, wenn man lächerliche Schlagworte uns in die Ohren zu flüstern sucht, wenn man uns bange machen möchte vor den angeblichen Herrschaftsgelüsten von Quebec, wenn man uns vorschwätzt, wir sollten gezwungen werden, die französische Sprache zu erlernen, wenn man gegen die nichtbritische Einwanderung zu hetzen sucht usw., dann bewahren wir kühlen Kopf! Lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen! Sonst stehen wir nach den Wahlen da wie der Ochs am Berge. Lassen wir uns nicht blenden, nicht umschmeicheln, nicht von Heuchlern betrügen! Hüten wir uns vor jenen, die sich als „unabhängig" oder als die Vertreter unserer Standesinteressen ausgeben, in Wirklichkeit aber nur unsere Feinde sind!

Eines sollten wir Deutschcanadier uns bei jeder Wahl zur Regel machen, nämlich von den Kandidaten klipp und klare Antworten auf gewisse Fragen zu verlangen, die uns besonders angehen. Bei den kommenden Dominionwahlen könnte man z. B. folgende Fragen anschneiden: Welche Stellung nehmen die Kandidaten zur Einwanderungsfrage ein? Sind sie für völligen Ausschluß der Nichtbriten oder für weitere einseitige Beschränkung der nichtbritischen Einwanderung? Stimmen sie den radikalen Forderungen und den beleidigenden Aeußerungen des anglikanischen Bischofs George Exton Lloyd zu? Heißt man die Kampfmethoden gut, die von einem gewissen konservativen Organ in Regina gegen die Fremdgeborenen angewendet werden, die man als halbe oder ganze Verbrecher hinzustellen sucht? Bombardieren wir die Kandidaten mit solchen und ähnlichen Fragen und verlangen wir von ihnen, daß sie in öffentlichen Wahlversammlungen Farbe bekennen! Wollen sich die Herren Kandidaten recht vorsichtig ausdrücken oder gehen sie um unsere Fragen wie die Katze um den heißen Brei herum, dann haben wir allen Grund zu stärkstem Mißtrauen. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Wer unsere Stimme nur dazu einfangen will, um nachher gegen unsere eigene deutschcanadische Sache Stellung zu nehmen, verdient unsere Stimme nicht.

Wenn wir auf dem angegebenen Wege klug, besonnen und fest entschlossen vorgehen, werden wir uns die Achtung aller Parteien erwerben, die bei den kommenden Dominionwahlen um unsere Stimmen buhlen. So werden wir verhüten, daß man uns nur als Vorspann benützt, um uns nachher einen derben Fußtritt zu versetzen. Legen wir Selbstachtung an den Tag, dann werden wir auch von den anderen als aufrechte Männer und als wertvolle canadische Bürger geachtet! Lassen wir uns nicht wie leblose Figuren auf dem Schachbrett des politischen Lebens herumschieben, sondern beweisen wir, daß wir selbständig denkende Menschen mit einer klaren politischen Meinung und einer festen Ueberzeugung sind, um die uns kein Schönredner, kein Hetzer und kein törichter Schwätzer bringen darf!

Sind wir Verbrecher?

Das konservative Organ von Regina hat am 16. April die folgende Behauptung aufgestellt:

„Aus den Kriminalstatistiken des letzten Jahres ergibt sich, daß die Fremdgeborenen im Verhältnis zu ihrer Zahl um 400 Prozent mehr an schweren Verbrechen beteiligt sind als die eingeborenen Canadier."

Lassen wir die statistischen Zahlen sprechen! Am 31. März 1929 waren 2,769 Personen in canadischen Zuchthäusern, in denen die schweren Vergehen gegen die canadischen Gesetze abgebüßt werden müssen. Nach ihren Geburtsländern waren von den 2,769 Zuchthäuslern 1,747 Canadier, 326 von Großbritannien und Irland, 36 aus anderen britischen Ländern, 223 aus den Vereinigten Staaten, 75 aus Rußland, 66 aus Italien, 78 aus dem früheren Oesterreich-Ungarn (meistens slavischer Rasse), 62 aus China, 16 aus Rumänien und 140 aus allen anderen fremden Ländern. Zählt man alle Briten zusammen (Canadier, Engländer, Schotten, Irländer usw.), so ergeben sich 2,109 Zuchthäusler. Rechnet man dazu noch die 223 Amerikaner und die 62 Chinesen, so treffen auf alle Nationalitäten vom europäischen Kontinent nur 375 Schwerverbrecher bei einer Gesamtzahl von 2,769 Zuchthausbewohnern.

Das ist wohl die deutlichste Antwort auf die beleidigende Aeußerung des konservativen Organs von Regina und auf den schwer kränkenden Vorwurf des anglikanischen Bischofs Lloyd, der den Fremdgeborenen „verbrecherische Neigungen" angedichtet hat.

Weltumschau

Endlich Rheinlandräumung — Die endgültige Räumung des von den Franzosen im Rheinland besetzten Gebietes, die seit zehn Jahren das Ziel der deutschen Diplomatie und der Traum des deutschen Volkes war, hat am 20. Mai offiziell begonnen. Der Verwalter des deutschen Eigentums erhielt die Nachricht über den endgültigen Abzug vom Generalstab der französischen Armee im Rheingebiet.

Die Einzelheiten des Räumungsprogrammes waren nicht erhältlich, doch dürfte der eigentliche Abtransport der Truppen sofort beginnen. Die französischen Truppen in Landau, Germersheim, Kaiserslautern und Trier werden wahrscheinlich die ersten sein. Der Abtransport dürfte bis zum 30. Mai beendet sein.

Die Bevölkerung des Rheinlandes ist über die Räumung in keiner Weise erregt, denn ihre Gedanken hängen an ihrem Ende und nicht dem Anfang. Auf alle Fälle muß die Räumung bis zum 30. Juni vollendet sein, und erst nach diesem Datum werden die Befreiungsfeiern beginnen, die mit der Reise von Präsident Hindenburg am Rhein ihren Höhepunkt finden werden.

Ein deutsches Theaterschiff — Im Sommer dieses Jahres wird das erste deutsche Theaterschiff Hamburg verlassen, um an der europäischen Westküste entlang seinen Kurs zu nehmen und dann nach Amerika zu gehen. In allen größeren Hafenstädten wird es vor Anker gehen, um Aufführungen zu veranstalten. Zu diesem Plan wird von maßgebender Seite folgende Mitteilung gemacht:

Schon seit Jahr und Tag erwog man in einem kleinen Kreise, ein deutsches Kulturschiff hinauszuschicken, um Deutschlands Können auf kulturellem Gebiet vor den Augen der Welt darzutun. Der Gedanke wurde in einer Studiengesellschaft unter der Führung von Frau Marie Charlotte Meche verfolgt und ist jetzt zum Abschluß gediehen. Das deutsche Kulturschiff, das den Namen erhielt „Pro Arte", wird zurzeit im Hamburger Hafen für seinen besonderen Zweck umgebaut. Es soll eine eigens konstruierte Bühne und einen Zuschauerraum mit ungefähr 500 Plätzen enthalten und außerdem werden auf dem Schiff Ausstellungskojen für deutsche Wertarbeit eingerichtet. Auf der Bühne soll beste deutsche Dramatik gezeigt werden, und außerdem künstlerische Darbietungen mit Vorträgen abwechseln.

Die künstlerische Oberleitung hat der Generalintendant des Deutschen Nationaltheaters in Weimar, Dr. Ullrich, übernommen. Man rechnet damit, daß die erste Ausreise des Kulturschiffes im Herbst erfolgen kann. Die finanziellen Vorbedingungen für das Unternehmen sollen gesichert sein.

Neues deutsches Alkoholgesetz. — Die vom deutschen Reichstag beschlossene sehr milde Abänderung des Schanksteuergesetzes, welches den Verkauf alkoholhaltiger Getränke ein wenig einschränkt, wird am 1. Juli in Kraft treten. Die einzige schärfere Bestimmung des umgewandelten Schankgesetzes ist, daß nach 1 Uhr nachts und an Zahl- und Wahltagen die Verabreichung von berauschenden Getränken verboten sein wird, aber die Durchführung des Verbotes ist überall den Ortsbehörden anheimgestellt. Bei Sport- und sonstigen Festen der Schuljugend ist Ausschank und Verkauf von alkoholhaltigen Getränken absolut verboten.

Bei der Schlußdebatte über die Vorlage platzten die Geister sehr heftig auf einander. Ihre Gegner und Befürworter bombardierten einander mit statistischen Zahlen, wobei die Prohibition in den Vereinigten Staaten als abschreckendes Beispiel aufgeführt und nur hie und da recht lahm verteidigt wurde.

Der deutschnationale Abgeordnete Robert Hampe stellte sehr energisch die Verleumdung in Abrede, daß die Deutschen Trinker seien. Ausnahmen gäbe es überall, aber er wies nach, daß in Deutschland gegenwärtig viel weniger Bier getrunken wird als vor dem Kriege, und daß der Verbrauch starker Spirituosen ständig noch viel mehr zurückgeht, wogegen der Verkauf von Getränken, die keinen Alkohol enthalten, ständig im Wachsen begriffen ist. Er sagt, ein Volk könne zur Mäßigkeit nur erzogen, nicht dazu gezwungen werden. Mehrere Abgeordnete forderten den Reichstag auf, „das drohende Gespenst amerikanischer Prohibition zu erschlagen."

Tardieus großes Programm — Vor dem in Lyons (Frankreich) tagenden Nationalen Kriegervereign hielt Ministerpräsident Tardieu eine Rede, in der er unter anderem sagte, die Stunde wäre gekommen, um die Veteranen zu einem fünfzehnjährigen friedlichen Kampf zu sammeln, der zur Entwicklung Frankreichs und seiner Kolonien zu einer großen starken Nation von hundert Millionen Seelen geführt werden müsse, die vor Angriffen sicher, aber zur Verteidigung stets bereit sein soll.

Er legte in seiner Ansprache ein Programm zur Industrialisierung des Landes vor und forderte die Veteranen auf, in der Bewegung zur Erfüllung dieses Programms, das mit Politik nichts zu tun habe, die Führung zu übernehmen.

Briands „Europäischer Staatenbund". — Die „Paneuropa"-Denkschrift Briands, welche den Regierungen von 26 Ländern zugestellt wurde, die zum Völkerbund gehören, enthält einen Fragebogen von 6000 Worten und die Skizze eines Verfassungsentwurfes für den „Europäischen Staatenbund." Auch nach Rußland und den anderen Ländern der Welt werden später Abschriften des Dokuments geschickt werden. Die Abschrift für die Regierung der Ver. Staaten ist, wie man hörte, per Dampfer abgeschickt worden.

Briand plant einen europäischen Wirtschaftsbund, der den nämlichen Freihandel zwischen den Ländern Europas einführen soll, der unter den 48 Einzelstaaten der Ver. Staaten von Nordamerika im Schwange ist. Der Name „Ver. Staaten von Europa" ist für den angestrebten Wirtschaftsbund vorgeschlagen worden. Viele europäische Staatsmänner haben seit langer Zeit einen solchen Wirtschaftsbund angestrebt, der die leidigen, den Handel hemmenden Zollschranken zwischen den europäischen Staaten niederlegen würde. Sie sind überzeugt, daß die alten historischen Länder Europas nur durch ihre Sprachen- und Rassenunterschiede, die Zollschranken und die Verschiedenheit des Geldes, ja sogar die Verschiedenheit der Spurbreite ihrer Eisenbahnschienen an einem ähnlichen wirtschaftlichen Aufschwung verhindert worden sind, wie er sich auf dem Gebiete der Ver. Staaten jenseits des Ozeans ergeben hat. Es wird betont, daß der Wirtschaftsbund weder eine feindselige Spitze gegen die Ver. Staaten richten, noch über die Länder, die ihm beitreten, politische Macht anstreben will.

Der Zweck des Fragebogens ist, amtliche Auskunft darüber zu erhalten, wie sich die einzelnen europäischen Länder zu dem Projekt stellen. Gleichzeitig wird die Einberufung einer europäischen Konferenz zur Ausarbeitung des Projekts angeregt.

Der Gedanke ist keineswegs neu. Er stammt vom Kaiser Maximilian, dem „letzten Ritter". Im Jahre 1603 griff ihn Heinrich von Navarra, der als Heinrich IV. auf Frankreichs Thron saß, wieder auf und fand Entgegenkommen dafür bei der Königin Elisabeth von England, aber die Sache geriet in Vergessenheit, als Heinrich ermordet wurde. Der nächste, der auf diese Idee zurückgriff, war der Herzog Karl von Lothringen, der Schwiegersohn der Liselotte von der Pfalz; er schlug einen Bund von einzelnen Ländern vor. Später traten für das Projekt der französische Priester Abbe St. Pierre, der berühmte französische Revolutionsvorläufer Jean Jacques Rousseau und der große deutsche Philosoph Immanuel Kant ein.

Moskauer Prahlerei. — Von der Sowjet-Regierung wurde ~~bekannt~~ gegeben, daß die Kollektiv- und staatlichen Farmen in diesem Jahre die Hauptmasse des Getreides für den Absatzmarkt liefern werden. In vorhergegangenen Jahren kam das Marktgetreide größtenteils von einzelnen Farmen und den wohlhabenden Bauern (Kulaks).

Jakob Jakowlew, der Landwirtschaftskommissar, veröffentlichte eine Zahlenzusammenstellung, aus welcher ersichtlich ist, daß 40 bis 50 Prozent aller Bauernwirtschaften in den Getreidebaudistrikten der Sowjet-Union mit einem Gesamtareal von nahezu 86,000,000 Ackern Mitglieder der Kollektivfarm-Bewegung sind.

Gleichzeitig warnt Jakowlew die Sowjet-Dorfbehörden vor erneuten Ausschreitungen. Zwangsmaßnahmen, um die Bauern zum Anschluß an die Kollektivbewegung zu veranlassen, würden künftighin als Verbrechen gegen die proletarische Diktatur bestraft werden.

Indische Führerin von Engländern verhaftet. — Die englische Regierung straffte den eisernen Handgriff, welchen sie an den indischen Freiheitskampf gelegt hat, indem sie die Verhaftung der Frau Sarojini Naidu, der Nachfolgerin des Mahatma Gandhi, vornahm. Die Verhaftung der Führerin erfolgte, als sie eine feurige Rede an ihre Anhänger hielt und diese aufforderte, eine erneute Plünderung der Dharasana-Regierungssalzwerke vorzunehmen. Dieser Ueberfall auf das Regierungssalzwerk ist einer der heftigsten gewesen, die bisher während des indischen Freiheitskampfes, der von Mahatma Gandhi begonnen worden war, unternommen worden ist. Ueber 2000 Freiwillige der Unabhängigkeitsbewegung nahmen an dem Ueberfall auf die lang bedrohten Werke teil. Starke Polizeiabteilungen stellten sich den Freiwilligen entgegen. Die Polizei machte ausgiebig von Knüppeln Gebrauch, um die Freiwilligen zurück zu treiben. Ueber hundert wurden teilweise leicht, teilweise schwerer verwundet. Viele bluteten sehr stark.

Die Verhaftung der Frau Sarojini Naidu, welche unter ihren Anhängern als „Die Jungfrau von Orleans" bekannt geworden ist, war der Höhepunkt. Die Freiwilligen hatten erklärt, daß die Entscheidung fallen soll, und daß sie vor nichts zurückschrecken würden. Die Polizei hatte daraufhin erklärt, daß sie bereit sei, den Freiwilligen entgegen zu treten. Nebst der Frau Sarojini Naidu wurden noch viele andere Führer der Unabhängigkeitsbewegung verhaftet, als die Polizei, ihre Knüppel hoch in der Luft schwingend, gegen die Angriffslustigen vorging. Manilala Gandhi, ein Sohn des Mahatma Gandhi, befand sich ebenfalls unter den Verhafteten. Wie aus einem späteren Berichte hervorgeht, war dieser bei seiner Verhaftung verwundet worden.

Verschiedene hundert Freiwillige der Unabhängigkeitsbewegung drangen in die Büros der indischen Bank ein und verhinderten den Geschäftsgang. Ein Gerücht war verbreitet worden, daß der Manager der Bank die Polizei unterstützt habe, um die indischen Freiheitskämpfer niederzuschlagen. Trotz der Versicherung der Bank, daß das Gerücht nicht auf Wahrheit beruhe, ließen sich die Massen nicht bewegen, die Bank zu verlassen und hemmten das Geschäft ganz gewaltig. Die Leiter des Kongresses erklärten, daß etwa 60 Freiwillige durch die Polizei verletzt worden seien, als eine Razzia auf das Kongreßhaus unternommen worden sei. 21 von diesen Verletzten mußten in Krankenhäuser überführt werden. Auf Grund der letzten Unruhen wurden verschiedene Banken und Börsen geschlossen und das Geschäft im Allgemeinen ins Stocken gebracht.

Jüdische Proteste gegen englische Willkür. — Das Amt des britischen Oberkommissärs in Palästina hat am 15. Mai offiziell angekündigt, daß fortan jegliche Einwanderung in Palästina aufzuhören hat, bis Sir John Simpson, der britische Beamte, der von London nach Palästina entsandt wurde, um das Problem der Einwanderung und Besiedlung des Landes zu lösen, seinen Bericht erstattet haben wird. Gegen diesen Ukas der Mandat-Verwaltung sind laut Meldung der Jüdischen Telegraphenagentur unter den Juden in Jerusalem, Haifa, Tel Aviv und im Emek-Tale bereits heftige Protestbewegungen im Gange, und der große jüdische Arbeiterbund organisiert weitere Protestbewegungen in anderen Orten Palästinas.

Der Weltverbandvorstand der strenggläubigen Zionisten, der Mizrachi, richtete an den Präsidenten des Weltverbandes der Zionisten, Dr. Chaim Weizmann, die Aufforderung, sofort einen Weltkongreß der Zionisten einzuberufen. In dem Telegramm heißt es: „Das Einwanderungsverbot offenbart die Tendenz der neuen britischen Regierung, die Grundsätze des Mandats zu mißachten, obwohl der Premier mit Zustimmung der beiden Oppositionsparteien eine gegenteilige Erklärung abgegeben hat. Diese Tendenz gefährdet das Werk der Zionisten."

Die Aufregung der Juden Palästinas über das Einwanderungsverbot ist so groß, daß die Jüdische Agentur und der Jüdische Nationalrat, der Vaad Leumi, dieserhalb eine gemeinsame Abwehrsitzung angesetzt haben.

Dr. Chaim Waizmann, der Präsident des großen Zionistenbundes und der Jüdischen Agentur, hat an den britischen Premier MacDonald ein Schreiben abgesandt, das einen geharnischten Protest gegen das in Palästina erlassene Einwanderungsverbot enthält. Dr. Weizmann sagt in dem Protest, daß das Verbot ernste Folgen nach sich ziehen werde.

Die britische Polizeibehörde in Jerusalem ersuchte die Wiener Polizei, eine Untersuchung über in Palästina eingeschmuggelte Munition anzustellen, die dort in Geldschränken aus Stahl angelangt ist, welche in Oesterreich hergestellt wurden. Die Munition sei entweder für die Araber oder für die Juden in Palästina eingeschmuggelt worden. Die Fabrikanten der Geldschränke behaupten, die Schränke seien leer abgeschickt worden.

Brüder in Not!

Ein zweiter Transport rußlanddeutscher Flüchtlinge in Bremen

Von Friedrich Hansen

Langsam schreiten sie alle an mir vorüber, die dem Zuge entstiegen sind, der sie aus dem Flüchtlingslager Hammerstein über Mölln nach Bremen brachte: Männer, Frauen und Kinder, geringwertige Habe in den Händen. Müde und still gehen sie dahin, wie Menschen gehen, die das Schicksal gebeugt hat.

Auf den ersten Blick erkennt der Beobachter: dies sind deutsche Menschen, mag der eine oder andere auch seinen Kopf mit einer Lammfellmütze bedeckt haben und einer von ihnen noch eine russische Soldatenmütze tragen; darunter schaut mit grauen oder blauen Augen doch ein deutsches Gesicht in die Welt. Nur ganz vereinzelt ein Slawentyp.

Sie haben sich freigehalten von fremden Einflüssen, diese erbarmungswürdigen deutschen Menschen, die ihre neue Heimat und all ihr Besitztum im Stiche ließen, um dem Terror der Bolschewisten zu entfliehen. Greise und Säuglinge sind darunter. In einem Kinderwagen liegt ein Zwillingspaar. „Einen Monat und vier Tage alt", sagt die Mutter. Ein glückliches Lächeln huscht dabei über ihre Züge.

Ja, sie sprechen alle ein prachtvolles, fast dialektfreies Deutsch. Sie kennen ja kaum eine andere Sprache. Solange sie auch da draußen waren, immer sprachen sie deutsch. Ihre Geistlichen predigten es von der Kanzel, ihre Lehrer sprachen es in der Schule. „Wir sind ja keine Russen!" betonen sie erstaunt. „Deutsche sind wir und werden es immer bleiben, wohin wir auch kommen werden."

Eine Rote-Kreuz-Schwester erzählt:

„Ich habe diesen Zug von Hammerstein her begleitet", antwortet die Schwester auf meine Frage. Und dann fügt sie erzählend hinzu: „Diese hier sind wirklich die Aermsten der Armen unter den 2000 Flüchtlingen, die noch im Lager Hammerstein auf ihren Abtransport nach Uebersee warten."

„Und woher kommen diese 270 Menschen?"

„Oh, weither aus ganz entlegenen Gebieten Sibiriens, aus einem wirklich armen Land. Sie sehen es ja selbst, wie dürftig sie gekleidet sind, wie wenig man ihnen gelassen hat von dem, was sie mitnehmen konnten. Sie sind noch beraubt und bestohlen worden, als sie über die Grenze gingen."

„Wie ertragen sie ihr Los?"

„Sie haben sich wohl gefühlt bei uns in Hammerstein. Sie sind mit allem zufrieden. Zuerst war es wenig, was wir ihnen geben konnten, aber dann wurde es mehr und mehr. Oh, doch, es ist viel getan worden. Der Hilferuf „Brüder in Not!" ist nicht ungehört verhallt. Aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes wurden ihnen Liebesgaben gesandt."

„Mit welchen Gedanken gehen sie in die Zukunft?"

„Sie sind so dankbar, so unendlich dankbar, diese armen, einfachen Menschen. Sie vertrauen auf unsere Hilfe. Es ist ihr fester Glaube, daß wir sie nicht irgendwo hinsenden werden, wo sie wiederum Not leiden. Gottergeben fügen sie sich in ihr Schicksal. Geduldig und deutsch! — Ach, so wundervoll deutsch, daß ich wünschen möchte, wir Inlanddeutschen könnten von ihnen lernen."

Ein alter Mann sagt:

Ein alter Mann sitzt vor mir im Omnibus, der die Flüchtlinge nach dem Lloydheim an der Hemmstraße bringt. Dort sollen sie bis Montag bleiben, um dann mit dem Dampfer „Madrid" des Norddeutschen Lloyd der neuen Heimat Brasilien entgegenzureisen. Von Rio de Janeiro, von dem man sagt, daß es die schönste Stadt der Welt sei, werden sie in das Siedlungsgebiet der Hanseatischen Kolonisationsgesellschaft reisen. Hier ist für sie alles vorbereitet.

Ich frage diesen alten Mann: „Wie alt sind Sie, Väterchen?"

„Nun bin ich 63 Jahre", antwortet er.

„Und Sie sind noch mitgezogen!"

„Wir sind alle miteinander gezogen, weil es gar nicht anders ging. Es war schwer, Herr! So wie Sie uns sehen, gingen wir aus den Häusern. Die Uhr hing an der Wand; der Teig war im Backtrog, das Fleisch in der Molle. Wir gingen hinaus und hungerten! Aber unser Ziel war Deutschland! Denn es gab nichts anderes für uns als Deutschland. Wir wußten, daß man uns aufnehmen würde, weil wir zu unseren Brüdern gingen."

Der alte Mann hatte nichts anderes mehr zu erzählen.

Eine alte Frau mischt sich ins Gespräch

Das alte Mütterlein mit dem Kopftuch über dem grauen Haar und den vielen Runzeln im Gesicht schüttelt mit dem Kopf und blickt mich an:

„Unseretwegen ist keine Sorge mehr. Uns ist ja wohl, aber die, die noch dort sind, die nicht hinaus sollen. O Herr, das ist schlimm! Können Sie nichts für sie tun? Auch sie sind Deutsche, wie Sie und ich, wie wir alle."

Ich antwortete auf diese Frage, daß es nicht in Deutschlands Macht liegt, ihnen zu helfen, solange sie dort draußen sind.

„Nichts tun, gar nichts tun . . .", murmelte die Alte kopfschüttelnd vor sich hin. Dann blickt sie mich wieder an. „Es soll alles geschehen, was Ihr wollt. Wir wollen tun, was Ihr sagt; wir wollen gehen, wohin Ihr uns schickt. Wenn sie nur kommen dürfen und arbeiten." — —

„Ja", sagte auch die Schwester, „das ist immer ihr A und O: Gebt uns Arbeit!"

„Gebt uns Arbeit!" wiederholte das Mütterchen. „Wir sind ja nicht als Bettler gekommen. Ich habe mein ganzes Leben lang nichts anderes gekannt als arbeiten, und ich kann das Stillsitzen nicht vertragen."

„Wie alt sind Sie denn, Mütterchen?"

„67 Jahre!"

Dank an Deutschland

Nun stehen sie wieder alle auf dem Hauptbahnhof in Bremen. Und wieder schreitet der traurige Zug der Vertriebenen an mir vorüber: Männer, Frauen, Kinder; Greise und Säuglinge unter ihnen. Wieder tragen sie ihre geringwertige Habe in den Händen.

Einer der Männer bleibt stehen und sieht mich an. „Ich sah Sie gestern, als wir kamen. Ich sehe Sie heute, wo wir gehen. Ich weiß nicht, wer Sie sind. Gestern Abend sind wir in die Kirche gegangen. Wir sind 200 Lutheraner und 60 Katholiken."

„Sie gehen jetzt mit frohem Mut in das ferne Land Brasilien, in die Zukunft?"

„Das wollte ich Ihnen sagen! Ich weiß nicht, wer Sie sind, aber glauben Sie mir: Wir werden Deutsche bleiben und für unsere deutschen Kinder arbeiten."

Ich gebe dem Manne schweigend die Hand. Er hält sie fest und sagt zum dritten Male:

„Ich weiß nicht, wer Sie sind. Aber sagen Sie es allen, denen Sie es sagen können: Wir danken Deutschland!"

Dann ließ der Mann meine Hand los, wandte sich schweigend und bestieg den Zug. Wenige Minuten später rollte er zur Bahnhofshalle hinaus.

(Auslandwarte).

— Ein jedes Kind hat ein Recht, die unschuldigen Freuden seiner Kindheit zu genießen.

— Wenn die Menschen das Wetter bestimmen könnten, müßte jeder einen Zyklonkeller in der Nähe seines Hauses haben.